

A N T R A G

der CDU-Landtagsfraktion

betr.: Arbeits- und Fachkräftemangel: SPD-Alleinregierung planlos und erfolglos – Neustart dringend notwendig

Der Landtag wolle beschließen:

Der zunehmende Arbeits- und Fachkräftemangel wird für das Saarland zu einer immer größeren Herausforderung. Schon heute fehlen in vielen Branchen geeignete Arbeitskräfte. Auf dem Ausbildungsmarkt zeigt sich die ganze Schiefelage besonders deutlich: Während 1.400 Jugendliche im Saarland noch einen Ausbildungsplatz suchen, bleiben gleichzeitig 1.900 Ausbildungsstellen unbesetzt. Zugleich steigt nach Angaben der Agentur für Arbeit auch die Zahl der arbeitslosen jungen Menschen unter 25 Jahren, die inzwischen bei rund 3.500 liegt. Besonders besorgniserregend ist, dass drei Viertel dieser Jugendlichen weder einen Schulabschluss noch eine abgeschlossene Ausbildung besitzen. Jeder zehnte Jugendliche im Saarland verlässt die Schule ohne Abschluss – ein Zustand, der nicht nur individuelles Scheitern beschreibt, sondern ein gesamtgesellschaftliches Problem aufzeigt. Damit geht nicht nur wertvolles Potenzial für unseren Arbeitsmarkt verloren, sondern dies ist auch ein Versagen des Staates angesichts seiner sozialen Verantwortung, jungen Menschen ein erfülltes Leben zu ermöglichen.

Die Landesregierung darf hier nicht länger zusehen, sondern muss entschieden handeln, um Wohlstand, Wettbewerbsfähigkeit und sozialen Frieden zu sichern. Doch die Lage am saarländischen Arbeitsmarkt verschlechtert sich unter der SPD-Alleinregierung immer weiter: Die Arbeitslosenquote stieg im Saarland im Monat Juli auf 7,6 Prozent. Bei der Entwicklung der sozialversicherungspflichtigen Jobs im Jahresvergleich ist das Saarland bundesweit Schlusslicht. Diese Entwicklung des Arbeitsmarktes im Saarland ist umso besorgniserregender, weil die angekündigten Maßnahmen von Stellenabbau in der saarländischen Automobilindustrie noch gar nicht inkludiert sind. Die SPD ist mit dem Wahlversprechen angetreten, 5.000 zusätzliche Arbeitsplätze schaffen zu wollen – an diesem selbst gesetzten Ziel muss sie sich messen lassen. Stattdessen aber sind die Arbeitsplätze im Saarland – bei gleichzeitig steigenden Einwohnerzahlen – stetig gesunken, und das Saarland fällt im bundesweiten

Vergleich immer weiter ab.

Die Bilanz der SPD-Alleinregierung ist insgesamt ernüchternd: mehr Arbeitslose trotz akutem Fachkräftemangel, eine steigende Jugendarbeitslosigkeit trotz zahlreicher offener Ausbildungsstellen, eine rückläufige Beschäftigung im verarbeitenden Gewerbe mit tausenden verlorenen oder bedrohten Arbeitsplätzen sowie das völlige Fehlen wirksamer Konzepte zur Sicherung von Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit im Saarland. Während andere Bundesländer Beschäftigungsaufbau und Wirtschaftswachstum verzeichnen, verliert das Saarland weiter an Boden und ist inzwischen in vielen einschlägigen Statistiken sogar bundesweit Schlusslicht.

Bei den bei der Agentur für Arbeit gemeldeten offenen Stellen im Saarland erfordern 74 % qualifizierte Fachkräfte, während nur 26 % Helfertätigkeiten betreffen. Das heißt: Die Nachfrage nach Qualifikation ist groß, doch es fehlen Strategien, um Bildung, Ausbildung und Arbeitsmarkt miteinander zu verzahnen. Die bisherigen Initiativen der Landesregierung im Bereich Arbeits- und Fachkräftesicherung bleiben hinter den selbst gesteckten Zielen weit zurück. Zwar verweist die SPD gerne auf vermeintliche Maßnahmen und Strategien, doch bei genauerem Hinsehen offenbaren sich erhebliche Schwächen. Unter anderem fehlt es an einer klaren Gesamtstrategie. Vielmehr reiht sich ein Projekt an das andere, ohne dass daraus ein stringentes Konzept erkennbar wird, das die unterschiedlichen Handlungsfelder tatsächlich integriert. So stagniert die Zahl der anerkannten Berufsabschlüsse weiter, die Abwanderung junger Fachkräfte aus dem Saarland hält ungebremsst an und gerade die Sprachförderung, eine Grundvoraussetzung für erfolgreiche Integration und Ausbildung, bleibt lückenhaft und unzureichend. Auch bei groß angekündigten Projekten zeigen sich deutliche Defizite: Die sogenannte „One-Stop-Agency“ zur Fachkräftegewinnung existiert bislang im Wesentlichen nur auf dem Papier, sie ist weder für Betriebe noch für potenzielle Bewerberinnen und Bewerber sichtbar und leidet unter unklaren Zuständigkeiten. Damit bleibt die Wirksamkeit dieser Maßnahmen weiter fraglich.

Während die SPD-Alleinregierung zum einen im Saarland planlos und im Ergebnis erfolglos agiert, unterstützt sie zum anderen auf Bundesebene wichtige Maßnahmen – z.B. Abschaffung des Bürgergelds oder flexiblere Arbeitszeiten – nicht ausreichend. Hier ist dringend eine Umkehr und ein Neustart erforderlich, um dem Arbeits- und Fachkräftemangel im Saarland wirksam zu begegnen.

Angesichts steigender Arbeitslosenzahlen, steigender Jugendarbeitslosigkeit und steigender Schulabbrecherquoten sowie angesichts von Zehntausenden Bürgergeld-Empfängern im Saarland ist klar: Um den Arbeits- und Fachkräftebedarf zu decken, müssen wir in erster Linie mehr dafür tun, die Potenziale in unserem Land besser zu fördern:

- Mangelnde Bildung ist einer der Hauptgründe für Arbeitslosigkeit und verstärkt im Ergebnis den Fachkräftemangel. Deshalb müssen wir bei der Gewinnung zukünftiger Fachkräfte früher als bisher ansetzen. Schon

in der Schule müssen die Weichen für den künftigen Berufsweg gestellt werden. Daher müssen wir unsere Bemühungen darum verstärken, dass zukünftig kein Kind mehr ohne Abschluss die Schule verlässt. Ein zentrales Element ist die Sprachförderung, da sie die entscheidende Grundlage für Ausbildungsfähigkeit und berufliche Integration darstellt. Hierbei ist es essenziell, dass sowohl eine Sprachförderung bereits früh in der Kita etabliert ist und über die gesamte Bildungsbiografie optimal in das Schulsystem eingebettet ist als auch ein jedes Kind die Möglichkeit bekommt, eine Kindertageseinrichtung vor der Einschulung zu besuchen. Unsere vielfachen Forderungen an die SPD-Landesregierung für einen Maßnahmenkatalog, der sicherstellen soll, dass alle Kinder zumindest im letzten Kindergartenjahr eine Kindertageseinrichtung besuchen, bleiben bislang jedoch ohne eine geeignete Reaktion.

- Die berufliche Bildung ist die Brücke zwischen dem allgemeinen Schulsystem und dem Beschäftigungssystem. Sie ist in Deutschland – insbesondere mit dem dualen Ausbildungssystem – ein Erfolgsmodell, das weltweit hohe Anerkennung genießt. Die Landesregierung muss sich für die Beibehaltung und die nachhaltige Stärkung der beruflichen Schulen in ihrer gesamten Angebotsstruktur mit Abschlussmöglichkeiten vom Hauptschulabschluss bis zum beruflich qualifiziertem Meisterabschluss bzw. zum Bachelor Professional einsetzen. Die Personalisierung der beruflichen Bildung mit Lehrkräften von der Entwicklung in anderen Schulformen abzukoppeln, ist fahrlässig und eine nicht hinnehmbare Verschlechterung der Rahmenbedingungen in diesem Bereich. Bei der Stellenplanung müssen die beruflichen Schulen zukünftig mehr Beachtung finden und von mehr Lehrkraftstellen profitieren können; es braucht hier dringend ein Umdenken. Die berufliche Bildung braucht adäquate Rahmenbedingungen für eine gute Unterrichtsgestaltung. Dies beginnt mit einer guten Ausstattung an Lehrkräften.
- Mit dem Meisterbonus („Aufstiegsbonus“) wurde unter CDU-Regierungsverantwortung im Saarland ein wichtiges Instrument zur Stärkung der beruflichen Bildung etabliert und damit die Attraktivität des Handwerks und der dualen Ausbildung deutlich gesteigert. Wir fordern eine sukzessive Erhöhung des Bonus und streben perspektivisch eine kostenfreie Meisterausbildung im Saarland an. Darüber hinaus soll mit jedem erfolgreichen Abschluss einer entsprechenden Aufstiegsfortbildung auch eine Ausbildungseignung zugewiesen werden, um die Ausbildungsbereitschaft zu steigern.
- Wir brauchen ein intensives Unterstützungssystem für Schulabbrecher. Die Zahl der Jugendlichen und jungen Erwachsenen zwischen 15 und 24 Jahren, die weder zur Schule gehen, noch arbeiten oder eine Ausbildung machen – so genannte NEETs („Not in Education, Employment or Training“) – steigt kontinuierlich. Im Saarland liegt ihr Anteil sogar über dem Durchschnitt der westdeutschen Länder. Deshalb brauchen wir mehr Orientierung, Beratung und gezielte Hilfen, gerade für Jugendliche, die

sich schwertun. Ziel muss es sein, allen Jugendlichen ohne Schulabschluss oder ohne Ausbildungsplatz eine verbindliche Perspektive zu eröffnen – sei es durch den weiteren Schulbesuch, die Teilnahme an dualer Ausbildung oder an qualifizierenden Bildungsangeboten. Der Staat darf nicht tatenlos zusehen, dass junge Menschen immer mehr in die soziale Hängematte abgleiten.

- Ein Großteil der Teilzeit-Beschäftigungsverhältnisse wird von Frauen ausgeübt. Die Gründe dafür sind oftmals sehr persönlich und bewusst gewählt. Allerdings zeigt sich empirisch, dass längere Erwerbsunterbrechungen die weiteren Karrierechancen am Arbeitsmarkt spürbar negativ beeinflussen. Daher sollte die Ausübung einer Vollzeittätigkeit oder eine Rückkehr in Vollzeit nicht daran scheitern, dass es an den erforderlichen Betreuungsmöglichkeiten für die Kinder fehlt. Doch im Saarland haben in SPD-geführten Landkreisen bis zu 25 % aller Kinder keinen Kita-Platz. Von einem bedarfsorientierten Ausbau der Kinderbetreuung kann hier keine Rede sein. Wir fordern die Landesregierung auf, dringend gegenzusteuern. Um die Erwerbs- und Vollzeitquote gerade von Frauen zu erhöhen, müssen außerdem die Arbeitszeiten flexibler gehandhabt werden. Die im Koalitionsvertrag vereinbarte wöchentliche Höchstarbeitszeit muss daher zeitnah umgesetzt werden.
- Wir brauchen mehr Anreize für freiwilliges längeres Arbeiten und mehr Flexibilität beim Übergang vom Beruf in die Rente. Dazu kann insbesondere die im Koalitionsvertrag im Bund vereinbarte Aktivrente einen wichtigen Beitrag leisten: Wer das gesetzliche Rentenalter erreicht und freiwillig weiterarbeitet, bekommt sein Gehalt bis zu 2.000 Euro im Monat steuerfrei. Die Aktivrente sollte schnellstmöglich umgesetzt werden.
- Das Bürgergeld senkt die Anreize, eine Arbeit aufzunehmen. Es fördert nur und fordert nicht mehr. Deshalb muss das Bürgergeld abgeschafft und, wie im Koalitionsvertrag vereinbart, durch eine Neue Grundsicherung ersetzt werden, die das Prinzip „Fördern und Fordern“ wieder einführt und den Zusammenhalt stärkt, weil sie klarmacht: Unser Staat unterstützt Menschen, die auf Hilfe angewiesen sind. Zugleich stellt er eine klare Forderung: Wer arbeiten kann, muss auch arbeiten und darf nicht auf Kosten der Gemeinschaft leben. Wenn jemand grundsätzlich nicht bereit ist, Arbeit anzunehmen, muss der Staat davon ausgehen, dass er nicht bedürftig ist. Dann muss die Grundsicherung komplett gestrichen werden.

Klar ist aber auch: Ohne zusätzliche Fachkräfte aus dem Ausland werden wir einen wettbewerbsfähigen Wirtschafts- und Arbeitsmarkt nicht gewährleisten können. Doch nach wie vor entscheiden sich zu wenige der dringend benötigten Fachkräfte für unser Land. Die Fachkräfteeinwanderung krankt an überlangen Verfahren auf allen Ebenen. Von der Beantragung des Visums bis zu den ausländerrechtlichen Genehmigungen vor Ort dauern die allermeisten Verfahren viel zu lange. Um ausländischen Fachkräften den Einstieg in Arbeit zu erleichtern, kann die im Koalitionsvertrag im Bund vereinbarte Trennung von

Arbeits- und Asylmigration mit einer digitalen Bundesagentur für Einwanderung („Work-and-Stay-Agentur“) einen entscheidenden Beitrag leisten. Aber auch eine zügige Einrichtung der Außenstelle der Zentralen Ausländerbehörde in Saarbrücken, bei der die Landesregierung ihrem selbst gesetzten Zeitplan hinterherläuft, würde hier helfen.

Fachkräftesicherung ist Standortpolitik. Sie entscheidet mit über die Zukunft unseres Landes. Deshalb müssen wir alle Potenziale ausschöpfen: Jugendliche dürfen auf ihrem Bildungsweg nicht verloren gehen, Frauen muss der berufliche Wiedereinstieg erleichtert werden, und für ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind flexible Arbeitsmöglichkeiten notwendig. Ebenso brauchen wir eine kluge Zuwanderungspolitik für internationale Fachkräfte. Nicht zuletzt müssen wir dafür sorgen, dass sich Arbeit immer mehr lohnt als nicht zu arbeiten.

Der Landtag des Saarlandes fordert die Landesregierung daher auf, eine integrierte, verbindliche und überprüfbare Arbeits- und Fachkräftestrategie vorzulegen, die auf Qualifizierung, Integration, Standortattraktivität und effiziente Strukturen setzt, und in diesem Zusammenhang insbesondere auf folgende Schwerpunkte setzt:

- ein Fachkräfte-Monitoring zur Überprüfung der Wirksamkeit aller Maßnahmen zu implementieren,
- eine frühzeitige, durchgängige Sprachförderung im Bildungssystem sicherzustellen, u.a. durch verpflichtende Sprachstandstests für alle vierjährigen Kinder und verbindliche Fördermaßnahmen im Bedarfsfall, z.B. durch die flächendeckende Wiedereinführung des Sprachförderprogramms „Früh Deutsch lernen“,
- wirksame Maßnahmen zum beruflichen Wiedereinstieg sowie zur Verringerung der Teilzeitquote von Frauen zu ergreifen, insbesondere durch einen bedarfsgerechten Ausbau der Betreuungsstrukturen in Kitas und Schulen, sowie auf Bundesebene eine Flexibilisierung der Arbeitszeit zu unterstützen,
- ein Unterstützungssystem für Schulabbrecher zu etablieren, um allen Jugendlichen ohne Schulabschluss oder ohne Ausbildungsplatz eine verbindliche Perspektive zu eröffnen,
- den Meisterbonus („Aufstiegsbonus“) schrittweise zu erhöhen und perspektivisch die Meisterausbildung im Saarland kostenfrei zu ermöglichen,
- dass grundsätzlich mit jedem erfolgreichen Abschluss der entsprechenden Aufstiegsfortbildung (zum Beispiel Abschlüsse als Fachwirt, Meister, Betriebswirt oder auch Techniker) auch eine Ausbildungseignung zugesprochen wird – so kann zeitgleich die Quote derjenigen erhöht werden, welche ausbilden können,

- Kleinst- und Kleinbetriebe stärker in den Belangen der Ausbildung zu unterstützen, um dazu beizutragen, die derzeit rückläufige Ausbildungsbetriebsquote zu stoppen – mit passgenauen Unterstützungsmaßnahmen von der Berufsorientierung über die Ausbildungsvertragsanbahnung bis in die Ausbildungsbegleitung muss gerade kleineren Betrieben dabei geholfen werden, strukturelle Nachteile gegenüber Hochschulen oder Großbetrieben auszugleichen,
- Anreize für freiwilliges längeres Arbeiten und mehr Flexibilität beim Übergang vom Beruf in die Rente zu unterstützen, insbesondere durch die im Koalitionsvertrag vereinbarte Aktivrente,
- die Abschaffung des Bürgergelds und seine Ersetzung durch die im Koalitionsvertrag vereinbarte Neue Grundsicherung zu unterstützen,

sich für eine Beschleunigung der Anerkennungs- und Genehmigungsverfahren für internationale Fachkräfte einzusetzen, die im Koalitionsvertrag angekündigte „Work-and-Stay-Agentur“ zur Trennung der Arbeits- von der Asylmigration zu unterstützen sowie die Einrichtung einer Außenstelle der Zentralen Ausländerbehörde in Saarbrücken zu beschleunigen.

B e g r ü n d u n g :

Erfolgt mündlich.